

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

17 (21.1.1932)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gepaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellengesuche 8 Pfennig. Die Restante-Millimeterzeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Zeit, bei der Nichterhaltung des Zeitungsplatzes, bei geschäftlicher Betreibung und bei Änderung anderer Verhältnisse ist ein Zuschlag von 25% zu berechnen. Bei Anzeigen in der 1. und 2. Spalte der Anzeigen-Spalten 8 über normallänge.

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 1,70 Mark, vierteljährlich 4,10 Mark, halbjährlich 7,50 Mark, jährlich 13,50 Mark. Einmalige Anzeigen 11 Pfennig. Postgebühren 2050 Karlsruhe. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe 1, 2, Waldstraße 28. Fernruf 7020/7021. Volkshaus-Mitglied. Druck: Hauptstr. 9. D.-Oben. Jagdhausstr. 12. Kallert, Rosenstr. 2. Offenburg, Republikstr. 8

Nummer 17 Karlsruhe, Donnerstag, den 21. Januar 1932 52. Jahrgang

Die Lawine rollt

Unser Kampf gegen den Faschismus / Die Eisenerne Front an der Arbeit / Versammlungswelle durchs ganze Reich
Werktätiges Volk Mittelbadens erwache!

Der Sozialdemokratische Pressedienst schreibt uns:
Vor einiger Zeit wurde in einem großen Südwestdeutschen Blatt eine Statistik veröffentlicht über die

Berufstätigkeit der politischen Parteien
im weiteren Umkreis von Frankfurt a. M. Die Statistik ergab, daß Nationalsozialisten und Stahlhelm zusammen weitaus vor allen anderen politischen Parteien und Gruppierungen marschieren, sie zeigen eine Aktivität der Feinde der Republik, die zu denken geben mußte. Ziel auch in die von der Statistik erfasste Zeit das Volksbegehren der Reaktion, gegen das demokratische Preußen eine Abwehr nicht entgegenzusetzen, so war dennoch das Bild überaus bezeichnend. Es bildete die Grundlage, auf der sich der Machtwille, der Uebermut und die politische Dreistigkeit der Gruppen aufbaute, die sich dann in der Harzburger Front zusammengeschlossen haben.

Das ist jetzt anders, ganz anders. Die unerschrockenen Drohungen der Harzburger Front gegen die Demokratie, gegen Recht und Freiheit, gegen die Verfassung der deutschen Republik, gegen das Recht und das Weilen der Republikaner hat die republikanischen Kräfte aufgerüttelt.

Woche um Woche geht die Versammlungswelle der Eisernen Front weiter, Woche um Woche sind Tausende von Republikanern am Werk, um im ganzen Reich, im Norden und Süden, im Osten und Westen, in den Städten und auf dem Lande, den Widerwillen gegen die faschistischen Verbrechen zu wecken und zu fählen.

Die Bildung, die Sammlung, der Vormarsch der Eisernen Front: Das ist die Antwort des arbeitenden Volkes auf die reaktionären Gesülte der Harzburger.

Eiserner Front:
Das ist der Ausdruck der gesammelten Kraft und des Freiheitswillens der deutschen Arbeiterklasse. Die Führer der Reaktion, die sich dem Glauben hingegeben haben, daß eine Schlammstut niedriger Demagogie von Lüge und Verleumdung und die Aufstellung einer Bürgerkriegstruppe mit dem Gelde der Reaktion genüge, um die Demokratie einzuschüchtern und die Demokraten in Deutschland totzuschlagen, hat eine falsche Rechnung aufgemacht.

Die freiheitliche deutsche Arbeiterklasse läßt sich nicht einschüchtern.

Sie ist nicht gezwungen, sich verflauen zu lassen, weder von außen noch im Innern. Ihr Ziel ist die Freiheit, die Freiheit nach außen im Bunde freier Völker und die Freiheit nach innen. Die Eiserner Front ist der Hort der deutschen Freiheit, sie ist der Schutzwall der Freiheit der deutschen Nation! Ein Volk, das sich im Innern verflauen ließe, könnte auch nach außen niemals frei sein. Nicht im Bunde der deutschen Reaktion, die die deutschen Arbeiter zu Knechten machen will, sondern im Lager der Arbeiterklasse ist daher die Freiheit und Zukunft Deutschlands.

Als im Jahre 1923 die Reaktion sich am Ziele ihrer Hoffnungen glaubte, als sie in bitterster wirtschaftlicher Not das Ende der Demokratie gekommen glaubte, erging nach der politischen Krise der Ruf zur Bildung des Reichsbanners. Die Reformer der Freiheit im Zeichen der demokratischen Verfassung formierten sich und setzten die Feinde der Verfassung in Respekt. Jetzt, wo abermals in bitterster Notzeit die Feinde der Freiheit nach der Macht greifen wollen, marschieren aufs Neue die Abwehrfront auf. Es sind nicht mehr Regimenter und Armeen, es ist ein Volk!

Es ist nicht mehr das Reichsbanner allein, es ist der einheitliche Wille der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften, des Reichsbanners und der Arbeiterportier und aller kulturellen Organisationen der Arbeiterklasse.

Es ist der Widerstandswille gegen die Kraft des Faschismus, der weit noch über diesen Kreis hinaus, freiheitliche Gewerkschaftler aus allen Lagern, alle aufrechten Republikaner aus den bürgerlichen Parteien in seinen Bann zieht.

Wer in Deutschland die Demokratie mit Füßen tritt und das deutsche Volk knechten will, wird auf den unbefleglichen Widerstand der Eisernen Front stoßen. Die Spreu des bürgerlichen Indifferentismus, der Klänge der kleinen Interessentenpartei, in denen alle großen politischen Gesichtspunkte durch hor-

nierten Eigennutz totgeschlagen werden, mag vor dem Angriff des Faschismus widerstandslos zerrieben,

an der Eisernen Front aber wird sich der verbrecherische Faschismus bald brechen.

Deshalb erkennen auch die Kreise des Bürgertums, die noch nicht den letzten Rest von politischem Verständnis verloren haben, daß der Fluch an der Seite der freiheitlichen Arbeiterklasse ist. Deshalb die Bildung der bürgerlichen Aktion, deshalb das Bekenntnis, daß nur im Bunde mit der Arbeiterklasse die Freiheit Deutschlands und seine Zukunft gesichert werden kann.

Es ist aktiver Widerstandswille, der jetzt durch die Länder rollt.

Die Eiserner Front wartet nicht auf den Tag, an dem die Faschisten zum Schlage ansetzen wollen. Sie hängt schon vorher den erhobenen Arm auf. Sie geht zum geistigen Gegenangriff über. Sie weckt die Bereitschaft für die Freiheit und das Recht. Sie Klingt vor dem Volk. Ihre Existenz und ihre Aktion ist eine ernste Mahnung. Wer in Deutschland Verfassung und Recht angreift, der wird auf die gesammelte Eiserner Front stoßen. Wer zu den Waffen gegen die Verfassung greifen will, wird die eiserner Faust der deutschen Arbeiterklasse zu spüren bekommen.

Hakenkreuzler erfindet Ueberfall

Wir haben bereits mehrfach Fälle mitgeteilt, bei denen Nationalsozialisten Ueberfälle erdichtet haben,

um der nationalsozialistischen Hege gegen die „Marxisten“ „Rotmord“-Fälle zu liefern. Dieses Kapitel ist jetzt wieder erweitert worden, wie folgende Meldung des SPD.

aus Hanau zeigt: Den üblichen Dreh nationalsozialistischer „rauhes Kämpfer“, zu irgendwelchen Zwecken Angriffe von Kommunisten zu erfinden, versuchte auch der Hanauer SA-Mann Staubich. Er behauptete, von drei Kommunisten überfallen worden zu sein, während er

in Wirklichkeit in der Trunkenheit vom Rade gefallen war.

Die sozialdemokratische Hanauer Volksstimme ist jetzt in der Lage, aus der Naturgeschichte dieses Hilttermanns mitzuteilen, daß Staubich

wiederholt wegen Betrug vorbestraft ist. Er hat wiederholt als „Rechtstonjulent“ Kriegesbeschädigte und Kriegserhinterbliebene insofern betrogen, als er von ihnen Aufträge zur Durchführung von Rentenansprüchen annahm, sich häufig Vorhülle geben ließ, dann aber in ihrer Sache nichts unternahm. Während einer längeren Freiheitsstrafe im Gefängnis zu Hanau war er in der Gefängnisdruckerei beschäftigt, was ihm insofern zum Vorteil gereichte, als er nach seiner Entlassung zum

Rüchenschiff im Hanauer „Braunen Haus“ avancierte. Das Vorleben des Staubich ist übrigens der Nazileitung seit langem bekannt.

Das blutige Bürgerkriegtreiben

Stuttgart, 20. Juni. (Eig. Meldung.) In dem Orte Gönningen auf der Alb kam es zu einer so schweren politischen Schlägerei, daß das Bürgermeisteramt das Reutlinger Ueberfallkommando alarmieren mußte. Zwischen Nationalsozialisten, die teils von Gönningen selbst waren, teils von auswärts gekommen waren und Kommunisten kam es auf der Straße zu Keilereien, die schließlich zu erbitterten Kämpfen ausarteten. Der ganze Ort war in Aufruhr. Die Schutzpolizei hat mit 45 Mann eingegriffen und die Ruhe wieder hergestellt. Es gab zahlreiche Verwundete. Der 21jährige Stuttgarter Nationalsozialist Albert Göb erhielt durch den Gönninger Kommunisten Ernst Bader so schwere Verletzungen durch Messerstiche, daß er ihnen im Reutlinger Bezirkskrankenhaus

Diesem gewaltigen Aufmarsch für Freiheit und Verfassung steht die Reichsregierung bisher kühl gegenüber. Was wäre die heutige Reichsregierung ohne diesen Willen zum Recht, zur Verfassung und zur Freiheit, ohne diesen Willen zum Widerstand gegen alle faschistischen Machtpläne. Was hat die Reichsregierung für die Sache des Rechts und der Freiheit getan, das sich mit dem vergleichen ließe, was die Organisation und die Männer der Eisernen Front getan haben.

Was die Regierung verläumt, das muß das arbeitende Volk selbst tun.

Die Eiserner Front ist der Ausdruck unseres Kraftbewußtseins. Die Eiserner Front marschiert. Das Volk horcht auf; es schließt sich an; schon ändert sich stark das innerpolitische Bild. Immer weiter vorwärts: Die Lawine gegen den Faschismus rollt bereits!

Hannoversche Versammlungswelle

Hannover, 20. Jan. (Eig. Draht.) Im Bezirk Hannover hat die Eiserner Front für die Woche vom 31. bis 7. Februar eine große Versammlungswelle organisiert. Seit der Gründung der Eisernen Front sind in diesem Bezirk bereits 563 Versammlungen angemeldet worden. Die Zahl der angeführten Versammlungen wird bis Ende dieser Woche allein im Bezirk Hannover auf rund 1000 ansteigen.

„Rotmord?“

erlegten ist. 15 Personen, darunter auch weibliche, sind verhaftet und ins Lübbinger Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert worden.

Erfolgreiche Waffensuche in Darmstadt

Darmstadt, 20. Januar. (Eig. Draht.) Am Dienstagabend wurden bei mehreren Mitgliedern des Darmstädter Stahlhelms Hausdurchsuchungen vorgenommen. Bei dem Schlosser Schwarz wurden folgende Waffen gefunden: 2 Militärkarabiner, 2 französische Militärkarabiner, 1 Pistole 0,8, eine Selbstladebüchse, 7 Trommelrevolver, eine Fliegerbombe, 12 Seitengewehre, 1 Infanteriepatronenmesser, 4 Säbel, 5 Stahlhelme, 136 Gewehre und Patronen, 1 Infanteriespaten. Außerdem beschlagnahmte die Polizei Tornister, Feldbahnen, Handbarren und eine Gasmaske. Bei zwei anderen Mitgliedern des Stahlhelms wurde beschlagnahmt: 1 Stahlhelm, 130 Infanteriepatronen, 30 Exzerzierpatronen und ein Seitengewehr.

Naziband von Felseneck verhaftet

Berlin, 20. Jan. Im Laufe des gestrigen Tages und des heutigen Vormittags sind nahezu sämtliche Teilnehmer an dem nationalsozialistischen Bandenüberfall auf die Autobahnstation Felseneck verhaftet worden.

Berlin, 21. Jan. (Kundendienst.) Das Berliner Polizeipräsidium stellt amtlich fest, daß der Ueberfall auf die Kolonie Felseneck in Berlin-Reinickendorf von Nationalsozialisten planmäßig vorbereitet worden ist. Die Ermittlungen der Polizei über die Vorgänge in der Kolonie Felseneck in Berlin-Reinickendorf, die zwei Todesopfer forderten, haben ergeben, daß die politische Schuld auf Seiten der Nationalsozialisten liegt.

Nazidolchstoße gegen Brüning

Zentrum erklärt, das Feld nicht zu räumen

München, 20. Jan. (Eig. Draht.) In einem hysterischen Schimpfartikel legt Rosenberg in dem Münchner Naziblatt seine Dolchstoßpolemik gegen Reichskanzler Brüning fort. Er nennt den Reichskanzler einen Mann mit geradezu herausforderndem Mangel an politischer Bildung und einer Sprache von grotesker Ungeheuerlichkeit. In Bezug auf die Konferenz von Lausanne und die französische Sabotagepolitik sucht Rosenberg die Autorität des Kanzlers mit allen Mitteln zu untergraben.

Annahmend und größenwahnsinnig, wie die Herren Nazion einmal sind, fordern sie tagtäglich den Rücktritt Brüning's, und die Uebergabe der Macht an den Charlatan Hitler.

Auf dieses Gebrüll nach der Nacht antwortet die Zentrumskorrespondenz: „Brüning wird das Feld nicht räumen, denn Hitler hat absolut kein Recht auf die Macht. Er wird sie auch in einer Neuwahl nicht erhalten, er wird immer in der Minderheit bleiben.“

Frankreich schaut nach Deutschland

Sitters Erfolg ist ein Sieg des französischen Nationalismus

Paris, 20. Januar.
Ganz dramatische Anschläge haben die Rechtsparteien im Hinblick auf die Abrüstungskonferenz in den letzten hundert Jahren befeht. Auf einem von ihnen sieht man eine Landkarte Europas. In alle Frankreich umgebenden Länder sind Maschinenabwehr und Kanonen mit der Richtung auf Frankreich eingekreist, in der Luft schweben Flugzeuge und Zepeline, und da, wo die Landkarte Frankreich aufweist, steht: „Soll Frankreich wirklich entworfen werden?“

Auf einem anderen Plakat, das die Überschrift trägt: „Viermal drängen feindliche Heere in den letzten hundert Jahren nach Frankreich“, sieht man nur die Landkarte Frankreichs, von Osten her kommen gewaltige deutsche Heerhaufen über den Rhein und eine kleine deutsche Vorhut ist sogar bis in die Nähe von Paris gedrungen. „Ohne eine genügende Sicherheit kann nicht an Abrüstung gedacht werden“, steht unter diesem Plakat.

Man muß zugeben, daß diese Plakate in ihrer einfachen Sprache gut gemacht sind und daß sie wirken. Die Rechtsparteien beschäftigen ja mit ihnen nicht nur, der Regierung für die Genfer Abrüstungskonferenz den Rücken zu stärken, sondern sie wollen damit gleichzeitig eine Wahlstimmung herbeiführen. Die kommenden französischen Kammerwahlen (spätestens am 1. Juni muß die neue Kammer zusammentreten) werden unter außenpolitischen Gesichtspunkten geführt. „Kriegs- oder Friedenspolitik?“ lautet die Frage, die den Wählern von den Wahlkandidaten diesmal vorzulegen werden wird.

Der französische Ministerpräsident Laval beabsichtigt neuerdings, die Wahlen in Frankreich so schnell wie möglich stattfinden zu lassen. Er rechnet damit, daß die Wirtschaftslage in einigen Monaten schlimmer sein könne als heute, und daß sich dann die größere Unzufriedenheit durch eine stärkere Bekämpfung der augenblicklichen Rechtsregierung kundtun könne. Schon seit Monaten erhöhen sich von Woche zu Woche die offiziellen Zahlen der französischen Arbeitslosenstatistik um 15 Prozent, und einen Ausweg aus der wirtschaftlichen Krise hat die Regierung noch nicht gefunden.

Bei seinem Plan baldiger Wahlen hat Laval aber keine eigene Mehrheit gegen sich. Diese schaut nach Deutschland. Sie rechnet mit neuen Erfolgen der Hitlerleute und hofft fast auf sie. Sie erstrebt daher, die heutige Kammer bis Ende Mai walten zu lassen. Das würde bedeuten, daß der erste Wahlgang bei den Neuwahlen am 22. Mai und der zweite am 29. Mai sein müßte. Die Kammer hat noch vier Monate zu leben. Es ist nicht der parlamentarische, bis zur letzten Minute auf ihrem Posten zu bleiben, bevor die Wahlperiode beginnt“, erklärte vor einigen Tagen der frühere Finanzminister Louis Marin, der ganz rechts steht, dem „Temps“ in einem Interview. Die Absicht der Leute, die hinter Marin stehen, ist, die preußischen Landtagswahlen vor den französischen Wahlen und auf alle Fälle diese nach der Wahl des neuen deutschen Reichspräsidenten stattfinden zu lassen. Die Reaktion weiß, wie sehr sie augenblicklich unter ihren Wählern an Einfluß verliert, und so will sie dann eine große Panik und Hetzpropaganda auf Grund der deutschen Ereignisse entfalten, und dafür wird ja bereits jetzt im Januar durch den neuen Plakatsieg die psychologische Vorbereitung getroffen. Hatte Frankreich 1928 aus Furcht vor einem weiteren Frankenschicksal eine Rechtskammer gewählt, so soll es 1932 aus Angst vor einem neuen Krieg möglichst für diejenigen stimmen, die sich als gute französische Patrioten empfehlen. Ein Sieg Hitlers wäre das Beste für die französische Reaktion. Offiziell ist das Datum der französischen Neuwahlen noch nicht festgelegt. Seine Bestimmung wird einen ungewissen Einfluß auf die künftige Gestaltung Europas ausüben. Kurt Lenz, Paris

Was wird aus Lausanne?

Englischer Vertagungsführer

Paris, 20. Jan. Die Regierungserklärung Laval's findet in der französischen Regierungspresse starken Beifall. Die Unterschiede in der französischen Presse zeigen sich darin, daß die nationalsozialistische Presse scharfe Worte gegen Deutschland findet, während in der französischen Linkspresse die Verantwortung an Amerika weitergegeben wird. Es ist begreiflich, daß auch die französische Linkspresse es dem französischen Volke nicht zumuten kann, als Siegerland Reparationen an Amerika weiterzugeben, wenn Deutschland keine Reparationen an Frankreich mehr zahlt.

Die Verantwortung liegt daher bei Amerika, und wenn die nationalsozialistische Presse Deutschlands nunmehr sich sogar an Leon Blum, dem stärksten Vertreter der Verständigung mit Deutschland reiben will, so zeigt sich, daß man in Deutschland sich in völliger Verwirrung über das befindet, was erreichbar ist und was nicht. Der Vorschlag Leon Blums, ein Scheidsgesetz einzuführen, zeigt, daß der französische Sozialistenführer versucht, auf bestem Wege die Frage zu klären.

Ministerpräsident Laval hatte am Mittwoch eine Unterredung mit Senator Paul-Boncour, aus der hervorgeht, daß Boncour die französische Regierung vermutlich sowohl bei der Abrüstungskonferenz wie bei der Tagung des Völkerbundesrats vertreten wird.

Die Verhältnisse selbst werden zwischenzeitlich erschwert dadurch, daß nunmehr auch Ungarn die Zahlungsunfähigkeit für seinen Zinsendienst ankündigt.

London, 21. Jan. (Samstags.) Das englische auswärtige Amt hat am Mittwochabend eine offizielle Verlautbarung veröffentlicht, in der es zunächst heißt, daß die Verhandlungen zwischen den an der Pariser Konferenz interessierten Regierungen noch nicht beendet seien. Wörtlich heißt es dann:

„Es liegt jedoch auf der Hand, daß die Konferenz nicht schon am 25. Januar, dem provisorisch festgesetzten Datum, eröffnet werden kann. Weitere Verhandlungen finden gegenwärtig statt. Die britische Regierung hofft jedoch, daß in wenigen Tagen eine befriedigende Vereinbarung über das einschlagende Verfahren zustande kommt.“

Berlin, 20. Jan. Die deutsche Regierung betonte gegenüber dem englischen Volkshüter, daß Deutschland auf seinem Standpunkt, daß bis zum 1. Juli 1932 die Reparationsfrage gelöst sein muß, nicht abgehen kann.

Weltkrise und Sozialpolitik

Lohnschutz tut not

Rundfunkrede des Reichsarbeitsministers

Reichsarbeitsminister Stegerwald sprach am Mittwochabend im Rundfunk über das Thema „Weltkrise und Sozialpolitik“. Der Kern seiner Ausführungen bestand in einer Beleuchtung des internationalen Lohnabbaus und in der Forderung nach Lohnschutz.

Durch die Krise der letzten Jahre — so führte der Minister aus — sei nicht nur die deutsche, sondern

die Sozialpolitik der ganzen Welt getroffen worden. Das schleichende Gedenst der Arbeitslosigkeit habe kein Land der Erde bis heute verschont. Ueber 20 Millionen Arbeitslose, viele Milliarden jährlicher Unterstützungskosten, das sei das Bild, das der Arbeitsmarkt einer unbedrückten Welt biete.

Diese Verarmungspolitik zeige sich auch auf dem Gebiet der Löhne. Die deutsche Regierung habe in der letzten Zeit

Lohnsenkungen zulassen müssen, aber auch das sei keine bloße deutsche Erscheinung, denn kein großes Industrieland der Welt sei von Lohnkürzungen verschont geblieben. Das gelte nicht zuletzt auch für das klassische Land der hohen Löhne, die Vereinigten Staaten von Amerika. In England, wo die Verhältnisse ähnlich liegen wie bei uns in Deutschland, sei ebenfalls eine starke Abwärtsentwicklung der Löhne zu beobachten.

Auch in Italien seien gleiche Beobachtungen festzustellen. Das Zentralkomitee des Korporations-Ministeriums habe Ende Oktober seine Verhandlungen über die Lohnpolitik abgeschlossen. Hinsichtlich der Löhne in der italienischen Industrie sei festgestellt worden, daß diese der Lohnbewegung in der ganzen Welt folgten — in Italien so weit gesunken seien, daß eine weitere Reduktion weder möglich noch nützlich ersehe.

Der Minister betonte zum Schluß, daß der

einseitige Sturm auf die Löhne und Gehälter nicht als

Heilmittel für die Gesundung der Weltwirtschaft anzusehen sei und daher auch von der Reichsregierung abgelehnt worden wäre. Wir müssen von

der Einstellung herunter, daß zwar Kartelle und Schutzölle etwas Selbstverständliches seien, daß aber der Lohnschutz unzulässig und das freie Spiel der Kräfte nur allein das Gebotene sei.

Wir hätten im Großen gesehen, zwischen drei Möglichkeiten zu wählen:

1. Die Arbeiterschaft würde gleichberechtigt in das privatwirtschaftliche System mit ausreichendem staatlichem Schutz eingegliedert oder

2. die Wirtschaftsführung werde immer mehr dem Staat überantwortet werden oder

3. Es werde ein korporatives System mit erhöhter Selbstverwaltung und Selbstverantwortung der beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer herausgebildet, bei dem dem Staat eine ähnliche Aufsicht und Kontrolle wie gegenüber der politischen Selbstverwaltung obliege.

Der Einfluß in Staat und Wirtschaft und der Einfluß auf deren Entwicklung könnte den Arbeitnehmern nicht vorzuziehen werden. Damit bilde sich eine steigende Verantwortung des großen Volkes zu Staat und Wirtschaft heraus.

Für Lohnschutz haben die Spitzen der Arbeitgeber allerdings wenig Interesse. Das Preisleistungsverhältnis der Regierung stelle zum Beispiel einen gewissen Lohnschutz dar, wobei allerdings bis heute noch nicht das herausgekommen ist, was die Arbeiterschaft erwartet hatte. Aber selbst das wollen die Arbeitgeber der Arbeiterschaft nicht gewähren. Die Zeitschrift der deutschen Arbeitgeberverbände stellt bereits in seinem neuen Jahrgang fest, daß die Löhne zum erstenmal schlagartig gesunken seien und in einem wirtschaftlichen spürbaren Maß herabgesetzt worden seien, doch bekennt er, daß diese Lohnherabsetzung mit der Fixtion der Kaufkraft durch die Gleichzeitigkeit von Lohn- und Preissteigerung verbunden worden sei. Die Arbeitgeberzeitschrift fordert, daß diese Fixtion von der Gleichzeitigkeit und gegenseitigen Bedingtheit von Lohn- und Preissteigerung und Aufrechterhaltung der Einzelfaustkraft des Lohnes zerstört werde. Diese Sprache der Arbeitgeberzeitschrift ist deutlich. Die Arbeiterschaft wird allerdings nicht verfehlen, eine ebenso deutliche Antwort zu geben.

Der Abgeordnete fragt die preußische Regierung, was sie zu tun gedenke, um die Beamten des Strafvollzugs in diesem fideben Gefängnis zur Rechenschaft zu ziehen.

Die Angaben des Abgeordneten Lamerenz lassen irgendwelche Zweifel an ihrer Richtigkeit nicht zu. Trotzdem verbreitet — so schreibt der Sozialdemokratische Pressedienst dazu — das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger, dessen Hauptaufgabe in der Parlamentsberichterstattung aus dem Reichstag und preußischen Landtag besteht, den Inhalt der Anfrage mit dem Bemerkten: Der Abgeordnete Lamerenz behauptet: ... Es ist nicht das erste Mal, daß das betreffende Büro, soweit seine Berichterstattung aus dem preußischen Landtag in Frage kommt, den Inhalt sozialdemokratischer Anfragen oder die anderer Regierungsparteien ähnlich auszusprechen versucht bzw. sie mit wenigen Worten abtut, während die Anfragen des Reichstages Rube (Stahl) schon seit langem eine besondere Behandlung erfahren. Uns scheint es an der Zeit, daß die gesamte republikanische Presse den geschätzten Dingen schnellstens ihre Aufmerksamkeit schenkt.

Kunze muß brummen

Dresden, 20. Jan. (Eig. Ber.) Der sächsische nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Kunze, der eine Zeitlang Vizepräsident des sächsischen Landtags war, vor schon vor längerer Zeit wegen Verleumdung des österrichischen sozialdemokratischen Professors Max Adler, den er einen Verräter genannt hatte, zu 100 M. Geldstrafe verurteilt worden, aber er besahe nicht. Eine Pfändung verlor er erfolglos, obgleich Herr Kunze als Landtagsabgeordneter monatlich mehrere hundert Mark Diäten bezieht. Darauf wachte sich das Gericht an den Landtag und ersuchte um Genehmigung zur Vollstreckung einer Freiheitsstrafe. Obgleich man Herr Kunze nun noch einige Monate Zeit zum Besahen ließ, besahe er nicht. In der Dienstaufnahme des sächsischen Landtags wurde deshalb die Genehmigung zur Vollstreckung der Freiheitsstrafe erteilt. Herr Kunze muß also brummen.

Leere kommunistische Agitation im Haushaltsauschuss

Berlin, 20. Jan. (Eig. Draht.) Der Haushaltsauschuss des Reichstags befahte sich am Mittwoch in mehrstündiger Aussprache mit der Lage des deutsch-österreichischen Industriezweigs und der finanziellen Spannungsverhältnisse des Reichs durch die Industrie. Die Beratung wurde als vertraulich bezeichnet.

Anschließend kam ein bereits am 10. Oktober gestellter kommunistischer Antrag zur Beratung, wonach die Regierung aufgefordert werden sollte, seinen Lohnabbau, sondern eine Erhöhung der Löhne der Arbeiter des Reiches, der Länder, Gemeinden und der Reichsbahn auf den Stand vom 1. März 1931 vorzunehmen.

Der Vorsitzende, Abgeordneter Seemann (Sos.) machte darauf aufmerksam, daß sich die Lage seit der Einbringung dieses Antrags erheblich geändert habe, durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931. Eine Wenderung dieser Notverordnung sei formal nur möglich durch ein Initiativgesetz.

Nach der Begründung des Antrags durch einen der Antragsteller gab Abg. Kell (Sos.) folgende Erklärung ab: „Wir mißbilligen auch die Lohnkürzungen, von denen die Arbeiter der öffentlichen Betriebe betroffen worden sind, sondern die gelegentlich angeordneten Lohnkürzungen überhaupt, vor allem auch diejenigen, die durch die Notverordnungen vom 8. Dezember 1931 verfügt worden sind. Wir sehen aber angesichts der politischen und parlamentarischen Machtverhältnisse zur Zeit keine Möglichkeit, diese gesetzlichen Bestimmungen zu befehlen und durch bessere zu ersetzen. Eine einfache Aufhebung etwa der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 würde nicht die Rückgängigmachung der Lohnkürzungen bewirken, sondern zur Folge haben, daß durch eine neue Regierung für die Arbeiter noch viel schärfere Bestimmungen getroffen würden. Die sozialdemokratischen Ausschussmitglieder würden sich deshalb an der Abstimmung über den kommunistischen Antrag, der eine leere Demonstration darstellt, und durch die Zeit der Ereignisse überholt wäre, nicht beteiligen.“

Die Abstimmung ergab unter Stimmenthaltung der Sozialdemokratie die Ablehnung des Antrags.

Nach der Begründung des Antrags durch einen der Antragsteller gab Abg. Kell (Sos.) folgende Erklärung ab: „Wir mißbilligen auch die Lohnkürzungen, von denen die Arbeiter der öffentlichen Betriebe betroffen worden sind, sondern die gelegentlich angeordneten Lohnkürzungen überhaupt, vor allem auch diejenigen, die durch die Notverordnungen vom 8. Dezember 1931 verfügt worden sind. Wir sehen aber angesichts der politischen und parlamentarischen Machtverhältnisse zur Zeit keine Möglichkeit, diese gesetzlichen Bestimmungen zu befehlen und durch bessere zu ersetzen. Eine einfache Aufhebung etwa der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 würde nicht die Rückgängigmachung der Lohnkürzungen bewirken, sondern zur Folge haben, daß durch eine neue Regierung für die Arbeiter noch viel schärfere Bestimmungen getroffen würden. Die sozialdemokratischen Ausschussmitglieder würden sich deshalb an der Abstimmung über den kommunistischen Antrag, der eine leere Demonstration darstellt, und durch die Zeit der Ereignisse überholt wäre, nicht beteiligen.“

Die Abstimmung ergab unter Stimmenthaltung der Sozialdemokratie die Ablehnung des Antrags.

Falschmeldungen über Neuordnung des Polizeiwesens
20. Jan. Die Behauptungen eines Teils der Presse, im Reichsinnenministerium sei ein Gehaltsentwurf im Vorbereitung, der die Übernahme der Polizeiverwaltungen der Länder durch das Reich vorziehe, sind, wie wir vom Reichsinnenministerium erfahren, völlig aus der Luft gegriffen.

Bekenntnisse einer Naziseele

Erst jetzt wird der Wortlaut der Rede des nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Dr. h. c. Wagener (Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung der Reichsleitung) bekannt, die er am 7. November auf dem Gantag der NSDAP in Düsseldorf hielt. Aus den reichlich verwirrten Ausführungen sind zwei Stellen besonders bemerkenswert. In einer Darstellung der Aufgaben der Nationalsozialisten erklärte Wagener wörtlich:

„Die Entscheidung zwischen rechts und links, zwischen national und international muß herbeigeführt werden, bevor der Aufruf von links ertönt.“

Wir Nationalsozialisten haben uns eine Truppe geschaffen, SA und SS, deren alleinige Aufgaben dieser notwendigen Kampf gegen links ist, deren wir sicher sind, weil sie gegen die feindlichen Batterien immun ist, was man von der Polizei noch weniger als von der Reichswehr behaupten kann.“

Dieses Bekenntnis einer schönen Seele gerührt nochmals nachträglich den Legalitätsschwindel der Leute um Best, die ihre terroristischen Angriffsabsichten mit Bürgerkriegsmahnahmen der Kommune zu tarnen suchen. So deutlich wie hier hat sich noch keiner der Führer der NSDAP über die Aufgaben der Terror-Truppen ausgesprochen, so deutlich noch niemand das wahre Gesicht der SA, enthüllt.

Nicht minder deutlich spricht Wagener in dem wirtschaftspolitischen Teil seiner Ausführungen über die Frage des Tarifsystems. Er erklärte:

„Wir wünschen in Zukunft die unterste Festsetzung eines Lohnes als unabdingbar, der dem Existenzminimum entsprechen müßte, darüber hinaus soll aber keine Bindung bestehen, so daß für den Leistungslohn Raum geschaffen wird...“

„Alles andere soll aber im Betrieb vereinbart werden, künftige werden die Betriebsräte mit dem Unternehmer beraten. Entschieden muß natürlich stets der Unternehmer.“

Auch hier wird mit erschütterlicher Deutlichkeit die Feststellung getroffen, daß in dem Fünfs-Stände-Staat der Nazis, in dem der „Klassenkampfgedanke ausgerottet werden muß“, natürlich stets der Unternehmer zu entscheiden hat. Deutlicher konnte er in wenigen Worten das wahre Gesicht der NSDAP nicht enthüllen.

Mit Hitler-Uniform im Gefängnis

Ein skandalöser Vorgang und eine skandalöse Berichtserstattung

Der SPD. berichtet:

Der sozialdemokratische Abgeordnete des preußischen Landtags Lamerenz stellt in einer kleinen Anfrage fest, daß der Führer der NSDAP, des Bezirks Moers (Niederrhein), C. Bollmann, der wegen Verleumdung des Reichskanzlers eine Gefängnisstrafe von einem Monat verbüßt, besondere Vorzugsnahmen im Strafvollzug genieße. So habe Bollmann unbeschränkt täglich sechs bis sieben Besuche empfangen auf Grund von Erlaubnisscheinen, die der aufsichtführende Richter unterschrieben habe. Zur Weihnachtsfeier im Gefängnisgefängnis am 23. Dezember 1931 sei Bollmann in brauner Weste, brauner Hose und braunen Schürzlappen, also in voller Hitler-Uniform, erschienen. Die Besuche des Gefängnisgeistlichen, Kasparus Diekmann, hiergegen sei ohne Erfolg gewesen. Bollmann rühme sich in einer von ihm herausgegebenen Flugchrift „Volkshüter“ seiner guten Behandlung und schreibt: „In dankbarer Erkenntnis dieser Tatsache wünsche ich Herrn Dr. Brüning, daß er es möglichst bald lo auf bekomme, wie ich es jetzt habe.“ — C. B.“

Freistaat Baden

Die „wilden Männer“ wollen drohen

Man schreibt uns:
 „Die Tage zur Uebernahme der Macht durch Hitler sind gezählt“, der so sprach, ist Stadtrat in Karlsruhe und heißt Kramer! Die Nationalsozialisten haben ja jetzt ihre Verammelungsstätigkeit wieder aufgenommen und so gab Herr Kramer am 11. Januar in Lauf Amt Bühl die obige politische Weisheit zum besten. Wir glauben, daß trotz aller Prophezeiung die Hitlerleute noch eine ganze Anzahl Tage warten müssen, um in Deutschland die politische Macht zu übernehmen. Daran wird sich auch der Karlsruher Stadtrat gewöhnen müssen. Er trumpsie natürlich in Lauf gehörig auf, in Baden hätten die Nationalsozialisten in letzter Zeit 3000 Neuaufnahmen gehabt; 1700 Neuaufnahmen lägen noch vor, die noch gar nicht hätten bearbeitet werden können. Was aber dann, so fragen wir, wenn die badischen Nationalsozialisten mit mehreren tausend Mitgliedern aufwarten? Wo bleiben politische Leistungen? Wo bleibt die Beeinflussung des Staates, der Parlamente und der sonstigen öffentlichen Einrichtungen?
 Mit dem Hängen und Köpfen scheint es bei der neuesten Verammelungskampagne der Nationalsozialisten etwas langsamer zu gehen. Nur der Bretener Ortsleiter der Nationalsozialisten, der bekannte Oberle, welcher am 9. Januar in Ruppenheim, Amt Ruppert, sprach, ließ Köpfe rollen. Er sagte u. a.:

„Es kommt der Tag der Abrechnung. Wenn wir Nationalsozialisten die Köpfe von Staatsgerichtshof fordern, so fordern wir auch die Köpfe derjenigen, die es verdient haben. Haben wir die Macht, dann lautet der erste Artikel unserer Verfassung: Wer Landesverrat begeht, der stirbt.“

Wer es verdient hat, daß sein Kopf rollt und wer Landesverrat begangen hat, das entscheidet natürlich ein nationalsozialistischer Gerichtshof. Er wird politischen Gegnern sicher die nationalsozialistische „Gerechtigkeit“ fühlen lassen.

Mit dem Redeverbot spielt ein anderer schon öfters in unserer Parteipresse genannter nationalsozialistischer Redner und zwar der Heidelberger Stadtrat Othmar Wetzel. In einer Verammelung seiner Partei, die am 10. Januar in Hohenheim stattfand, stellte er, wie berichtet wird, an den Innenminister Genosse Emil Maier die Frage, ob er jetzt auch noch, nachdem er Minister sei, Klassenkampf nicht denke. Wenn der Innenminister Maier den Klassenkampf aber noch auf seine Fahne geschrieben habe, dann könne unmöglich der deutsche Bauer, der doch nicht zur Arbeiterklasse zähle, einem Parteiminister Vertrauen entgegen bringen. Er (Wetzel) habe diese Frage jetzt schon zum vierzigsten Male an Herrn Emil Maier gerichtet und habe noch kein Redeverbot bekommen. — Dem Herrn Stadtrat scheint sehr viel daran zu liegen, daß er Redeverbot bekommt. Genosse Emil Maier wird schon wissen, warum er dem bekanntlich immer stark auftrumpfenden Wetzel eine Antwort nicht gibt.

Recht geschmacklos über die Sozialdemokratie äußerte sich in einer Verammelung in Heidelberg der Landtagsabgeordnete Köhler. Er verbreitete sich über den Berliner Sklarek-Prozess und sagte dabei:

„Wenn ein Staatsanwalt den Mut gehabt hätte, gegen eine solche Summopflanze wie den Sklarek-Prozess vorzugehen, dann hätte sich immer herausgestellt, daß Leute wie Sklarek eine Bestimmung mit den führenden Persönlichkeiten der Sozialdemokratie haben.“

Wir möchten dazu nur bemerken — und damit zugleich einer mehrfach geäußerten Ansicht der bürgerlichen Presse entgegenreden — daß die Sklarek niemals engere Beziehungen zur Sozialdemokratie gehabt haben. In Nr. 2 des Das Freie Wort auf Seite 29 ist ausdrücklich festgestellt, daß die Rolle, welche die Sklarek bei uns gespielt haben, darin besteht:

„daß einer der drei Brüder einmal 16 Wochenbeträge à 0,20 RM. — 3,20 RM. geleistet hat. Damit war und ist die Rolle der Sklarek für die Partei erschöpft und erledigt.“

Hoffentlich merkt sich auch das der Vorsitzende der nationalsozialistischen badischen Landtagsfraktion.

Wenn im übrigen die Nationalsozialisten bei jeder Gelegenheit vom „Ausmisten“ sprechen, dann möchten wir empfehlen, diese saubere Arbeit vielleicht auch einmal in der Ortsgruppe Bruchsal vorzunehmen. Dort wird eine sogenannte Generalreinigung notwendig sein, denn nicht umsonst hat in letzter Zeit der Gau-Wahlkreis (Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß) getagt und sich u. a. neben dem Anschlag von langjährigen Mitglieðern mit der Enttarnung von Führern befaßt. Die Jungmadel-Gruppe des Frauenordens wird auch Befehd wissen. Mehr brauchen wir darüber vorläufig nicht zu lesen.

Fortbildungsschule und badische Notverordnung

Der Verein Badischer Fortbildungsschullehrer veranstaltete in Offenburg eine Bezirksstagung. Der 2. Vorsitzende des Vereines Fortbildungsschullehrer Max (Denzlingen) sprach über die Auswirkungen der badischen Notverordnung auf das Fortbildungsschulwesen.

Die Notverordnung habe auch für das Fortbildungsschulwesen einschneidende Sparmaßnahmen getroffen. Entschuldig sei zwar die Tatsache, daß Regierung und Landtag den letzten Willen beklunden, am Grundwelen der Fortbildungsschule nichts zu ändern. Die Massenarbeitslosigkeit treffe vor allem auch die volkschulenselbständige werktätige Jugend in Stadt und Land sehr hart. Die Jugendlichen werden dadurch immer mehr den verbererenden Einflüssen der Straße preisgegeben. Diese geistig und sittlich gefährdete Jugendhilfe durch die Fortbildungsschule unterrichtlich und erzieherisch besser erfaßt werden. Die Schule erfülle in diesem Sinne wichtige staatsbürgerliche und wirtschaftliche Aufgaben.

Uebergroßer Andrang im höheren Lehramt

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt: Die Zahl der Bewerber für das wissenschaftliche Lehramt an höheren Schulen ist in den letzten Jahren in einem Maße gewachsen, daß bereits heute der Bedarf an diese Jahre hinaus gedeckt ist. Einem bisherigen jährlichen Bedarf von etwa 25 Lehrkräften steht heute schon ein außerordentlich großer Ueberfluß gegenüber. Da aber mit einem starken Rückgang der Zahl der Schüler und Klassen mit Sicherheit zu rechnen ist, wird sich in den nächsten Jahren voraussichtlich der Bedarf an neuen Lehrkräften noch weiter vermindern. In Rücksicht auf diese außerordentlich ungünstigen Anstellungsverhältnisse muß an Ostern 1932 von einer Eröffnung der Anwartschaft auf Anstellung im badischen höheren Schuldienst abgesehen werden.

Mannheimer Rathauschlacht

Wie es kam!

Die Mannheimer Volkstimme gibt über die schwere Schlägerei im Mannheimer Rathaus folgenden Bericht:

Zweifellos hatten es die Nazis, die sich am Vortag — von den Provokationen des Bekers Feermann abgesehen — verhältnismäßig sahn verhalten, gestern auf eine bewußte Störung der Ordnung abgesehen.

Schon der Auftakt der Sitzung gab den Nazis Gelegenheit, durch ihren Fraktionsvorsitzenden Dr. h, einen Mann, dem jegliches Gefühl für persönlichen Anstand aus dem politischen Gezer gegenüber abgeht, einige recht schäbige und unberechtigte Angriffe auf die Geschäftsführung des Oberbürgermeisters zu unternehmen. Dr. h erklärte, daß er nicht gewillt sei, die Provokationen der Nationalsozialisten hinzunehmen und rief Herrn Dr. Drth mehrmals zur Ordnung. Mit der Ausweisung Dr. Drths, der dieser nur widerstrebend und durch eine Unterbrechung der Sitzung erzwungen Folge leistete, machte der Oberbürgermeister den Versuch, die Nazis in die Schranken der Ordnung zu verweisen. Doch die Herrschaften lieh diese

Warnung unberührt.

Stadtrat Störz lechte die Provokationen seines ausgewiesenen Parteifreundes fort. Auch er wurde aus dem Saal gewiesen. Nun entwickelte sich eine vom Oberbürgermeister mit einer unverständlichen Gehuld geleitete Geschäftsordnungsdebatte, in deren Verlauf eine namentliche Abstimmung und rief Herrn Dr. Drth die Berechtigung des Ordnungsrufes für Dr. Drth ergab. Daß sich bei dieser Abstimmung

die Kommunisten

sowie der Stadtverordnete Ludwig Haas von der Volkspartei und sein Parteifreund Stadtrat Ludwig der Stimme enthielten, verdient besondere Beachtung.

Mit der namentlichen Abstimmung hätte die Geschäftsordnungsdebatte, in deren Verlauf auch der Nazimann Manger aus dem Saal gewiesen wurde, eigentlich beendet sein müssen. Doch von neuem wurde

von nationalsozialistischer Seite

versucht, in endlosen Geschäftsordnungsdebatten die Verhandlungen zu fören. Dabei fielen gegen die Sozialdemokraten, die sich diesen Debatten widersetzten, die

unerhörtesten Beleidigungen.

Die Schimpfreden, die gegen die Sozialdemokraten geführt wurden, sind kaum wiederzugeben.

Der sozialdemokratischen Fraktion bemächtigte sich eine berechtigte

Erregung, die bis zur Siebeshöhe stieg,

als der Propagateur Feermann von der Nazifraktion eine Reihe fersegerter gröblichster Beleidigungen gegen die Sozialdemokratie ausließ. Wiederholt nannte er die Sozialdemokratie eine Juden-schmähtruppe.

Sierant verjagte Genosse Trumpfeller erst in den einenen Fraktion befähigend zu wirken und begab sich dann an den Platz des Fraktionsführers der Nazis, Böhler, um ihm zu lassen, daß sich die Sozialdemokraten diese unerhörtesten Provokationen unumg-

lich mehr weiter gefallen lassen könnten. Doch sein Vermittlungsversuch schlug fehl.

Ein Nationalsozialist rief Trumpfeller gegen die Brust und im gleichen Augenblick erhielt Genosse Settinger, der mit Trumpfeller und anderen Sozialdemokraten gegen die Bänke der Nazis vorgegangen war, einen heftigen Schlag ins Gesicht.

Aus der tiefachenden Wunde, die nur mit einem harten Gegenstand, wahrscheinlich einem Schlagring, verursacht worden sein konnte, floh Blut.

Nun war natürlich keinhalten mehr. Es entstand eine fürchterliche Schlägerei, in deren Verlauf die Nazis elend Siebe bezogen haben.

Wer mochte es dem Genossen Settinger verdenken, wer den anderen Sozialdemokraten, die ihrem angegriffenen Parteigenossen zu Hilfe eilten, daß sie sich energisch und in einer von der Propagatoren wahrscheinlich nicht erwarteten Weise zur Wehr setzten. Es hagelte Siebe von allen Seiten. Etwa fünf Minuten nach Beginn der Schlägerei erschien um halb 7 Uhr die Polizei im Saal, der ein Notrufkommando folgte. Ohne daß von irgendeiner Seite Widerstand leistet worden wäre, war um 6.35 Uhr der Saal geräumt.

Man mag diese Vorfälle bedauern. Aber man wird nicht leugnen können, daß sie von den Nationalsozialisten bewußt herbeigeführt worden sind.

Daß die Herren dabei den Kürzeren ziehen würden, hatten sie wohl nicht erwartet. Die Sozialdemokraten mehrten sich mit Energie und Erfolg ihrer Haut.

Was aber taten die Kommunisten?

Wie verhielten sich die von antisozialistischer Gesinnung nur so triefenden Moskowitzer? Sie fanden unbeeiligt im Hintergrund und verhielten sich völlig uninteressiert. Eine bemerkenswerte Illustration des von ihnen erfindenen Schlagwortes: „Schlaß die Fists, wo ihr sie trefft.“ Die Galerie fand nicht mißverständliche Worte für dieses Verhalten, und die Mannheimer Arbeiterkassette wird dieses wundervolle Beispiel „proletarischer Klassen-solidarität“, das die Kommunisten gestern gegeben haben, wohl zu würdigen wissen. So führen die Kommunisten den Kampf gegen den Faschismus. Hier hätten sozialdemokratische Arbeiter, wenn es umgekehrt gewesen wäre, sicher nicht tatenlos zusehen und viele traurige Rolle gespielt.

Die Sozialdemokratie hat keine Veranlassung, über die asrigen Verfälle beklagt zu sein. Diese Form der Auseinandersetzung mit dem politischen Gezer gehört nicht zu den Gepflogenheiten einer Partei, die in jahreszeitlicher, aufbauender Arbeit die Interessen des schaffenden Volkes mit anderen Mitteln als denen der brutalen Gewalt zu vertreten wußte.

Die Sozialdemokratie bejaht die Demokratie und den Parlamentarismus aus innerster Ueberzeugung heraus.

Über wer so, wie sie, in diesen Tagen in der unerträglichsten Weise herausgefordert wurde, der wird das Recht haben, sich auch einmal in einer Form zur Wehr zu setzen, die nicht, in allen Teilen den Gepflogenheiten des Parlaments entspricht.

Aus aller Welt

Verzweiflungstragödie

In Thomasdorf (Kreis Posenhain in Schlesien) ereignete sich ein furchtbares Drama. Ein Bäckermeister, seine Frau und seine beiden 3- und 1½-jährigen Kinder wurden in ihren Betten mit schweren Schuttmunden im Kopf aufgefunden. Die beiden Kinder verstarben nach kurzer Zeit; das Ehepaar wurde in bedenklichem Zustand ins Krankenhaus gebracht. Die Frau, die kurze Zeit das Bewußtsein erlangte, gab an, daß ihr Mann infolge schwerer wirtschaftlicher Notlage zu der Tat getrieben worden sei. Die Kinder habe er getötet, während sie schliefen.

Graufiger Mordverfuch

In Altenwalde (Saargebiet) verfuhte eine Frau ihren Mann zu verbrennen. Sie übergoß den Mann, während er schlief, mit Petroleum, das sie dann mit einer brennenden Zeitungsfadel zur Entzündung bringen wollte. In diesem Augenblick erwachte der Mann und schlug der Mörderin das brennende Papier aus der Hand. Die Täterin wurde verhaftet.

Der dritte Tote von Karsten-Zentrum geborgen
 Heute früh die Leiche des verheirateten Häuers Karst geborgen.



Spaniens neuer Präsident auf der ersten Rundreise durch die junge Republik
 Präsident Alcalá Zamora wird bei seiner Ankunft in Alicante von der Bevölkerung feierlich begrüßt.

Erdbeben in Peru

Im B. Lima, 20. Jan. Innerhalb 24 Stunden haben sich zwei wellenförmige Erdbeben ereignet. Es brach eine Panik aus.

Salaban nur Helfer?

Der vor einigen Tagen in Berlin-Lichterfelde verhaftete Falchmünzer Salaban bleibt bei seinem Verhör vor dem Untersuchungsrichter in Moabit dabei, daß er bei seinen Münzfälschungen einen Mittäter gehabt habe. Angeblich soll der Mittäter den Namen Christianen tragen. Salaban erklärt, daß Christianen die treibende Kraft gewesen sei und daß er sich mit ihm nur eingelassen hätte, weil er in Notlage gewesen wäre.

Die Verteidiger des Ehepaars Salaban machen geltend, daß die Weibliche der Frau Salaban darauf zurückzuführen sei, daß sie zu ihrem Manne in einem völligen Hörigkeitsverhältnis stehe. Frau Salaban heiratete ihren Mann im Alter von 17 Jahren. Es war eine Liebesheirat. Aus Liebe zu ihrem Manne hätte Frau Salaban auch das Fallgeld vertrieben.

Die Ermittlungen der Polizei nach dem Vorleben des Falchmünzers haben u. a. auch ergeben, daß Salaban in den Jahren 1911 bis 1912 in Stettin lebte. Er gab sich dort als Schauspieler aus, verkehrte in Bühnentreihen, ist jedoch niemals öffentlich auf einer Bühne aufgetreten.

Interessante Rundfunkstatistik

Bei den Berliner Rundfunkhörern wurden durch eine Umfrage die jeweiligen Abhöreziten festgestellt. 33 Prozent aller Teilnehmer schalten den Apparat um 6½ Uhr morgens ein. Die Hörersiffer steigt sich um 9 Uhr morgen auf 50 Prozent. Die Kurve fällt dann um die Mittagszeit etwas, steigt dann aber heftig an: an den Nachmittagskonzerten sind etwa 75 Prozent der Hörer interessiert. Zwischen 5 und 6 Uhr nachmittags wird das Interesse wieder etwas schwächer. Dann aber schalten sich mehr und mehr Hörer ein. Nach 8 Uhr abends hören 80 Prozent der Rundfunkabonnenten die Darbietungen ab. 85 Prozent halten bis zum Schluß des Programms durch. Nur 3 bis 5 Prozent benutzen die Nachtzeit zum Suchen fremder Stationen.

Ueber die neuen Postgebühren

bzw. deren Ermäßigung bestehen noch Unklarheiten. Wir verweisen erneut darauf, daß die Ermäßigungen im Brief- und Postkarten-Fernverkehr ab 15. Januar betragen:

Briefe im Fernverkehr bis 20 Gramm 12 Pf., von 20 bis 250 Gramm 25 Pf., von 250 bis 500 Gramm 40 Pf.

Postkarten im Fernverkehr statt bisher 8 Pf. jetzt 6 Pf., während für den Ortsverkehr nach wie vor gelten:

für Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 8 Pf., von 20 bis 250 Gramm 15 Pf., von 250 bis 500 Gramm 20 Pf.

Postkarten im Ortsverkehr wie bisher 5 Pf.

Auch an die Geschäftsstelle bzw. Redaktion des Volkshfreund kommen tagtäglich ungenügend frankierte Postsendungen. Wir erlauben daher, unsere Berichterstatter und Mitarbeiter sowie unsere wertvollen Rundfunk- und Briefleserinnen bitten zu bitten.



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

21. Januar.

1793 Hinrichtung Ludwig XVI. — 1815 Dichter Matthias Claudius. — 1870 Russischer Revolutionär Alexander Herzen. — 1872 Dichter Franz Grillparzer. — 1924 Lenin-Ullanow (M. Kowol). — 1930 Sozialist M. Quard-Brantfurt a. M. — 1930 Seebadungs-Konferenz in London eröffnet.

Die politische Lage Deutschlands

Zu ihrer ersten Hauptversammlung im neuen Jahre hat die Sozialdemokratische Partei auf gestern abend eingeladen. Dem Rufe wurde so zahlreich Folge geleistet, daß der Saal des „Elefanten“ voll besetzt war, sein Stuhl blieb unbesetzt. Das Thema war „Die politische Lage Deutschlands“, das von Gen. Reichstagsgabe Dr. Schumacher in der ausgiebigsten Weise erörtert worden ist. Er leitete seinen in Form und Inhalt gleich hervorragenden Vortrag ein mit der Feststellung der Tatsache, daß es in Deutschland nichts schlechteres gibt, als dem nach Ansicht der Gegner der Sozialdemokratie die SPD, die Schuld trägt. Daß aber Deutschland als Ganzes existiert, überhaupt noch eine soziale Grundfrage hat für alle diejenigen, die aus dem Produktionsprozeß ausgeschlossen sind, dafür wird die Sozialdemokratie nicht für schuldig erklärt, trotzdem sie den größten Aniel daran hat. In Deutschland ist es nun so, daß die Sozialdemokratie, die für die große Masse belagert ist, für sie etwas leistet, die Verantwortung zu tragen hat und diejenigen, die nichts für die breite Masse tun, die seinen Herzen nicht aufricht erhalten. Die Forderungspolitik hat die Sozialdemokratie nicht gemäß noch herbeigeführt, sondern die Wahlen vom 14. September 1930 haben eine Mehrheit gebracht, die gegen alles ist und für nichts Positives zu haben ist. Das Nichtfunktionieren des Reichstages ist die Schuld an diesem Zustand. Die einzelnen bürgerlichen Parteien haben die Nazis nach den Reichstagswahlen angesehen wie ein harnstoffiertes Kaninchen eine Kieselkugel. Zu einer wirksamen Bekämpfung des Faschismus blieb bei ihnen kein Mut mehr übrig.

Der Redner wandte sich sodann der Forderungspolitik zu, wobei er betonte, daß diese ihre Grenze haben müsse. Aus der Taktik im Kampf darf nie eine erfindende Gesinnung die Folge sein. Mit allem Nachdruck wies er auf die große Bedeutung der außerparlamentarischen Bewegung neben der taktisch-parlamentarischen Tätigkeit hin. Die Quelle des Faschismus und des Kommunismus bezeichnete er als eine ökonomische und soziale. Dasselbe gilt für den politischen veränderten Mittelstand. Die Regierung bringe in allerding nicht nur von uns abhängig, sondern auch von Parteien der Rechten. Nicht nur unser Verhalten, sondern auch dasjenige anderer Parteien ist entscheidend, ob Hitler an die Regierung kommt. Die Massen wachen bereit, Opfer zu bringen, wenn erstens nicht immer nur die breiten Massen die Opfer bringen müßten und zweitens, wenn die breiten Massen leben würden, daß Opfer auch einen politischen Sinn haben. Kein Volk ist für den Faschismus so geeignet wie das deutsche. Erhebliche Teile des deutschen Volkes sind in ihrer geistigen Verfassung nichts anderes als verächtliche Unteroffiziere. Das zeigt aber auch die Gefahr bei der Grenze des Fordererens. Reinerist noch so scharfe Erkenntnis hilft uns darüber hinweg, daß Brüning den falschen Weg geht, indem er nicht versucht, das soziale Elend zu verbessern, die Kaufkraft zu heben. Bei einem anderen Weg könnte der Faschismus nicht besser bekämpft werden. Solange wir in dieser Situation stehen, ist eine erfolgreiche Bekämpfung des Faschismus unmöglich. Redner kam sodann auf die Konferenz in Lausanne zu sprechen im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrisis in Deutschland. Er erinnerte dabei auch an die Kapitalkrisis aus Deutschland, wie sie insbesondere seit dem 14. September 1930 zu verzeichnen ist. Es war ein Fehler, daß Curtius eine offene nationale Außenpolitik machen wollte, wie sie Hitler angenehmer war. Der 13. Juli 1931 ist im tiefsten Prinzip ein Produkt des deutschen Nationalismus. Diese Erinnerung ist notwendig angesichts der kommenden Konferenz in Lausanne, wo die Brüning-Rede vielleicht uns Schaden bringen könnte. Wenn man sagt, wir können keine Reparationen bezahlen, so dürfte dies stimmen. Wir brauchen die endgültige Regelung der Reparationsfrage. Die entscheidende Frage ist aber, was können wir heute erreichen? Die deutsche Reparationsfrage ist nur zu lösen nach der Frage der internationalen Verständigung. Ein Moratorium wird um so kürzer sein, je bombastischer die deutschen Vertreter auftreten. Es ist schon, wenn wir vor der deutschen Arbeiterfront lauten, wir können keine Reparationen bezahlen, aber wenn nur ein Moratorium der Erfolge der Verhandlungen ist, so gibt es Enttäuschungen und der Boden zur Reichspräsidentenwahl wird ein günstiger für die Opposition sein. Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, die Forderung von Reparationen zu erringen durch eine Politik der Verständigung. Bei allem nationalen Selbstbewußtsein müssen wir uns davon hüten, uns an die Reichshöhe des deutschen Stimmstimmels zu hängen. Lassen Sie einen zweiten Kubrick diese Verhältnisse feststellen.

Der Referent zog hierauf die Reichspräsidentenwahl in den Bereich seiner Betrachtungen und glaubt, daß es für die nationale Opposition kein allüberwiegendes Eigen gibt als Hindenburg. Letzterer hat die Weimarer Verfassung rezipiert. Die Haltung Hitlers ist noch unbestimmt. Brüning soll aber bestimmt gestützt werden. Doch warten wir einmal ab, bis die Frage ganz akut wird. Es sei aber daran erinnert, daß 1925 Hindenburg auf den Schultern des KPD-Führers Thälmann, jenes fernen Transportarbeiters, ins Reichspräsidentenamt gelangt worden ist. Die Macht des Reichspräsidenten beruht auf der Arme, auf seiner Autorität usw. Diese Macht dürfen wir nicht einem Nationalsozialisten in die Hände geben.

Ein weiterer Ausblick nach rechts würde eine weitere soziale Verbesserung für die breite Masse bringen. Die Rubensauße ist zu benützen, um unsere Organisation auszubauen, die Einheit und Einigkeit herausstellen, wie sie in der Eisernen Front zu erblicken ist. Wir dürfen nicht vergessen, was uns zu denken geben muß. Redner befaßte sich des näheren mit der Reichswehr, sowie mit der Stellungnahme des Zentrums zu den Nationalsozialisten, insbesondere von der deutschnationalen Seite aus gesehen. Genosse Schumacher zog sodann eine Parallele zwischen den deutschen Verhältnissen und denjenigen von Italien, besonders des deutschen und des italienischen Faschismus und erwähnte all die Schwierigkeiten Hitlers, an die Macht zu kommen. Aber auch die Möglichkeiten der Bekämpfung des Faschismus stellte er in den Kreis seiner Betrachtungen. So viel liebe feil, daß er die alleinige Macht wohl nie erhalten werde, sondern Koalitionspolitik treiben müsse, wobei zu beachten wäre, daß das deutsche Zentrum nicht mit der italienischen Merkmalen Partei zu verwechseln ist. Genosse Dr. Schumacher schloß mit den Worten: Der Faschismus ist der letzte große Triumph des internationalen Monopolkapitalismus. Es gibt dieser Triumph nicht, dann hat er viel verloren. Es gilt die Faschismagone zu bekämpfen, denn der Faschismus ist die Waffe, mit der der Kapitalismus kämpfen will. Von dem Grade unserer Stärke im Klassenkampf, der Massenbewegung, dem Sinnenwillen und dem Glauben an den Sozialismus hängt es ab, ob der Faschismus sein Ziel erreicht. Der Kampf gegen den Faschismus ist nicht nur ein Klassenkampf, sondern ein Kampf im Interesse der Nation.

Mit allseitigem Beifall wurden die vortrefflichen Ausführungen, die als politische Vorträge zu bewerten sind, verdankt. Da eine

Her mit Notstandsarbeiten!

Eine Eingabe der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokr. Partei an den Stadtrat

Der ADGB, Ortsauschuß Karlsruhe, und die Sozialdem. Bürgerauschussfraktion haben zwecks Schaffung von Notstandsarbeiten folgende Eingabe an den Stadtrat gerichtet:

An den verehr. Stadtrat der Stadt Karlsruhe

Karlsruhe.

In der Bürgerauschussfraktion vom 18. Januar 1932 wurde fast von allen Parteien die Notwendigkeit der Ausführung von Notstandsarbeiten befürwortet.

Die sozialdemokratische Fraktion hat bereits in der Bürgerauschussfraktion vom 13. 1. 1931 den Antrag gestellt, der Stadtrat möge von allen Parteien die Notwendigkeit der Ausführung von Notstandsarbeiten folgende Eingabe an den Stadtrat gerichtet:

große Notstandsarbeiten sofort in Angriff zu nehmen.

Die sozialdemokratische Fraktion des Bürgerauschusses bittet daher erneut den Stadtrat, sofort ein solches Programm vorzulegen. Sie ist bereit, auch für die Beschaffung der notwendigen Mittel einzutreten. Sie weist heute dem Stadtrat schon darauf hin, daß eine Erhöhung der Umlage für Karlsruhe durchaus noch in den Grenzen des Erträglichen liegt, umso mehr, da die Stadt Karlsruhe seit dem Jahre 1924 die niedrigste Umlage der badischen Städte erhebt. Wenn man schon der großen Masse der Arbeiter, und vor allem der Kurzarbeiter, eine Bezahlung der dreifachen Bürgersteuer zumutet, so dürfte es nur als gerecht betrachtet werden, wenn auch den Umlagezahlern noch Leistungen zugemutet werden, umso mehr, da sie seit dem Jahre 1924 von jeglicher Erhöhung verschont blieben.

Aus oben angeführten Gründen erlauben wir gleichzeitig, die Stadtratsbeschlüsse vom 21. 5. und 2. 7. 1931 (Vorlage Nr. 20) auf die Tagesordnung der nächsten Bürgerauschussfraktion setzen zu wollen.

Liewe Volksfreund-Redaktion!

Also am Montag bin ich mal im Bürgerauschuß gese. Des muß mer doch a mal gese hawe. Ich hab mer also so e Bilette Hört un bin in de Birgeraal gange. Wo e nei komme bin, sinn grad die Name verlese worre. En Dier mit ere Mordsalaz, wo ich die Richter drin gischpelt hawe, hat die Name in de Saal gschrie. Rewe mir hat oiner giat, des wär de Verkehrsdirrektor Vaher, Aha, hawe denki. Rewer den ich de Genosse Sauer giese; den hawe kenn un de Dwerbirgermölchter a. Die andere zwol wate Scheints de Birgermölchter Schneider un de Kleinmölcht. Im Saal sinn dann die Schabdrät un die Birgerauschussmitarbeiter gesse. Wo dann die Name verlese wate un de Dwerbirgermölchter hat en Saufe Antrag, facht alle von de Kommuniste, verlese, hats gese en Mordsalaz. Ich hab schon denki, aba, jetzt gibts wider e Raubschlacht. Es ich awer net zur Schlacht komme. Die Kommuniste henn bloß mächtig gischrie, weil de Dwer von allene ihre Antrag behaupt hat, die wäre net zulässig. De Birgerauschuß sollt s nächste mal in de Reichshall sinne komme, des noch mer Leid zubereite. Herrrat, des sebt erich e Schlacht, wenn's in der Reichshall lossinn un s'wäre lo dreidauend Leid beinaumer. Do gabs Klopflos. Unter Genosse Eisele hat lo nachher noch zum Schab den Vorhlag gemacht, mer kenn doch a uff de groß Meßsalaz geh, do kennte noch mer z'horche. Wer kenn dann a noch Lautsprecher uffstelle. Awer ich giat als die Lautsprecher deie als schreite, wenn je den Saal wideraerume misste, wo do als im Birgerauschuß verapert werd. Ich war schwer drauf gischpant, wenn die Nazis emol losdonnere un dene andere Partei ihr Meinung lasse. Awer des ich Eisele gese, Also, wie die s'heide wate, des glawe je gar net, gese sonstich, wo die als s'Maul uffreibe wege jedem Dred. Un do, wo je s'Recht hätte zum Mauluffreibe, do sin je so klo. En Antrag henn je ebracht, daß die Schabdrät un die Schabdrätordnete mit de Schabdrät lo Gischpelt mach deie dichte und des hat oiner vonneme begride solle. So e ärmliches Gischpelt hawe schon lang nimme abert. Des hätt er uffgewerter Achtklässner aus de Volksschul besser gemacht. Do kann mer halt wider sehe, wenns gill, dann sin die Großmölter immer binne dra. Dann henn die Nazis a noch deie gischpode un gischdimm, des de schädlichst Rubrart uffalest werd. Das dabei 15 Arbeiter brotlos worre, sich dene Herr Arbeitervertreter Scheints wochst, wenn nor die Interesse von de Fuhrunternehmer gwahrt sinn. Awer ebbes hawe me a elend a'gärert. Von de Kommuniste hat oiner gischpelt, wie die Notstands- un Birgerarbeiter uffm Rappewerl lo schlechte Arbeitsbedingung hawe un oft krank worre, weil je im Schlaf, in de Nässe un de Kält schaffe misse. Der kommunistische Redner hat naberlich fo so e gischiffene Ausdrucksweise gabi, wie oiner mit ere hehere Schulbildung. Hinnerm Schraubichod lernt mer des net, ihr Herr „Arbeiterführer“ von de Nazi. Die Schabdrät vom rechte Fiseleg, die ich grad vor mir gese hab, die henn nämlich immer jede Noie

rednerische Entloosung a'orinat bis in d'Ohre. Des kann ich mir schon denke, daß die Art von Arbeitervertreter sich Liewer immer Rednerbiete amiffere, als sich des Schickal von dene arme Prolete draube uffm Rappewerl zu Verse zu nemme.

Der Redner vom Zentrum sich ganz wild worre, weil de Rednerpud nimme an sein alte Platz gischdanne ich. Er hat sich dauernd im Kreis rum gedreht un dar a'at, mer miht sich dauernd wie en Danstnoof um sich selwer drehe, wenn mer em Birgerauschuß, de Schabdrät un em Dwerbirgermölchter d'Veinung lage wollt. Außerdem miht er fir sei Fraktionsstosse, wo do in de erich Reich hode deie, von amtswege en Regeschirm verlange. Scheints hat em en Redner in de Begelichterung ins Gischpelt gischpelt, er ich nemlich a in de erich Reich gesse. Bei ere Abgischdimmung hat de Dwer so lang d'Band in d'Beh hewe misse, bis er ausgesegelt gese ich. Mer hat folch moine kenne, er wollt Hoff Ditter rufe. Des henn sich die Nazis als a'Rufe gemacht un henn folch Hoff gischrie. Wo ers awer amerkt hat, do hat er schnell e Faust gemacht un bloß noch en Finger in d'Beh gischpelt. Des hat er Scheints doch net uff sich ste lasse wolle, daß mer em mit eme Hitler verwechsle kenn.

Wenn mers bei dene lange Rede langewellig worre ich, dann hawe als e Bille an d'Beh nuff aukt. Des ich a ganz unterbalteud gese. Herrgott, ich do owe en Betrieb. Die ganze Schbernbilder sinn lewendich worre. Do bats Männer un Weibsleib, sonat ganz nachide, un alle meallche Viehger, Lewe, Krebs, Schlange, Drache, Schlorbione, Fisch und was do fir Dreffelsgesias am Himmel rum fliege solle, wo mir awehlich Schberbliche bloß die funkelnde Schbern sehe. Awer a Engel un de kleine Gott sind da. Die Engel sinn alle ganz braun gmoit, awer ara sche. Ich giat, wenn als so ein Schabdrätordneter unne im Birgeraal nimme recht weiter weis, dann schider als gischwind e Schodogedette zu oim von dene Gelter oder zure Gellin nuff, je nach jeimere politische Einschdelung. Ich det als e Bilde dere schene Venus zublinsle. Awer en Zentrumsmann, der derf des net, der muß sich scho an foen braune Engel halte. Awer de Wotan fir die Nazis hawe vermicht. Wo die Deel gmoit worre ich, do war halt noch fo Nazi im Birgerauschuß vertrete, sonstich hett en de Professor Biebler sicher a noch dazu amoit. Vielleicht bringe die Nazis emol en entsprechender Antrag ei, daß der debittische Himmel e Bilde verbeitticht werd. Viel Platz ich zwar nimme. Solang misse sich die Nazis halt mit eme andere Schubhoilage oder Heidenort abfinne. Vielleicht hefft der Hercules ab de Beis, der schmeißt lo a mit Blitz um sich.

So, ich giat, jett hawe Ihre Zeit aug in Anspruch genomme Wenn e emol wider so wo war, dann schreibe me wider.

Mit freudlichem Gruß
Ihre Ihr eragewendich
Karl Rittler.

Distiktion nicht beliebt worden ist, konnte schon frühzeitig die von besser Kampfstimmung besetzte Versammlung vom Vorsitzenden Genossen K. o. g. geschlossen werden.

Arbeitslose des ADGB

Am Dienstag, 26. Januar, abends 7 Uhr, findet für die arbeitslosen Mitglieder unserer Organisationen eine

Abend-Unterhaltung

im großen Saale der Festhalle statt, unter Mitwirkung von Künstlern des Badischen Landestheaters, Herrn Direktor Hans Blum und Herrn Rektor Stark, dem Arbeitergefangenverein Typographia und dem Philharmonischen Orchester.

Während der Pause wird den Arbeitslosen ein kleiner Imbiß verabreicht.

Eintrittskarten sind unentgeltlich bei den Organisationen erhältlich. Ab Samstag können, solange Vorrat, die Arbeitslosen auch für ihre Frauen Karten unentgeltlich erhalten.

Die Stadtratsdiäten werden herabgesetzt

Der Bürgerauschuß wird sich in seiner nächsten Sitzung mit der Herabsetzung der Stadtratsentschädigungen befassen. Nach § 31 Absatz 2 der GO. ist den ehrenamtlich tätigen Gemeinde-(Stadt-)räten eine für alle gleich zu bemessende Entschädigung zu gewähren; ein Verzicht auf sie ist unzulässig. Diese Entschädigung ist lehtmals im Gemeindeveranschlag für 1931 (mit Wirkung vom 1. April ds. Js. an) auf jährlich 1152 M oder monatlich 96 M festgesetzt worden, nachdem sie vorher jährlich 1440 M oder monatlich 120 M betrug. Der Herr Landeskommissär hat mit Erlaß vom 28. Oktober d. J. gemäß Artikel 16 der Haushaltverordnung vom 9. Oktober ds. Js. erklärt, daß er die Festsetzung für das Jahr 1931 auf monatlich 96 M nicht beanstandet. Mit Rücksicht auf die anhaltende Verschlechterung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage aber hält der Stadtrat eine Herabsetzung der Entschädigung auf monatlich 60 M, also von jährlich 1152 M auf jährlich 720 M, für angezeigt und stellt dahingehenden Antrag. Stimmt der Bürgerauschuß diesem Antrag zu, so ändern sich damit in gleicher Weise und vom gleichen Zeitpunkt an die Dienstentschädigungen des Obmanns des Stadtverordnetenvorstandes und des Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses der Stadtverordneten, die in den lehtjährigen Gemeindeveranschlagungen auf dieselbe Höhe wie die der Stadträtlichen Entschädigung festgesetzt waren.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Im Osten hat sich heute nacht in etwa 500 Meter Höhe eine Hochnebeldecke herangezogen. Die darüber liegenden Teile des Gebirges haben besseres Wetter. Insbesondere der Feldberg hat starke Temperaturumkehr (3 Grad Wärme gegenüber 7 Grad Kälte auf der Bar) und Anensicht über 200 Kilometer. Die Hochdruckwetterlage ist im übrigen unverändert geblieben, doch besteht die Möglichkeit, daß der Nebel sich noch einige Zeit erhält.

Wetterausichten für Freitag, den 22. Januar 1932:
Gortbauer des bestehenden Wetterwetterwarte.

